Stadtverordneten-Versammlung Kassel

^{Eing.:} 21 Juni 2022

FDP-Fraktion

Änderungsantrag

zum Nachtragshaushaltsplanentwurf 2022 - Ergebnishaushalt



Seite Haushalt

156 - Ifd. Nr. 02

Produktbereich

12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

Teilergebnishaushalt

Produkt Nr.

54601 Öffentlich-rechtliche Parkraumbewirtschaftung

Beschreibung

Verzicht auf Parkgebühren 01.09.-31.12.2022

Jahr	2022 Euro
Haushaltsansatz	6.900.000
Erhöhung um	-
Kürzung um	2.400.000
neuer Haushaltsansatz	4.500.000

Deckungsvorschlag:

Verringerung des Haushaltsüberschusses.

Begründung:

Steigende Inflation und insbesondere Energiekosten belasten die breite Bevölkerung stark. Der Bund entlastet deshalb den Individualverkehr mit der Senkung der Energiesteuer bis zum 31.08.

Damit die Menschen in Kassel nicht unmittelbar danach einen Wiederanstieg der Belastung verkraften müssen, verzichtet die Stadt vom 01.09.2022 bis zum 31.12.2022 auf die Erhebung von Parkgebühren.

Matthias Nölke

Fraktionsvorsitzender

FDP-Fraktion

Änderungsantrag

zum Nachtragshaushaltsplanentwurf 2022 - Ergebnishaushalt



Seite Haushalt

387-389

Produktbereich

05 Soziale Leistungen

Stadtverordneten-Versammlung Kassel

^{ns:} 21 Juni 2022

Teilergebnishaushalt

Produkt Nr.

35105 Kopf hoch, Kassel! - EinwohnerEnergieGeld

Beschreibung

Streichung des Produkts 35105 EinwohnerEnergieGeld

Jahr	2022 Euro
Haushaltsansatz	16.300.000
Erhöhung um	-
Kürzung um	16.300.000
neuer Haushaltsansatz	0

Deckungsvorschlag:

Erhöhung des Haushaltsüberschusses.

Begründung:

Es bestehen begründete Zweifel, dass diese Zahlung auf Transferleistungen angerechnet wird. Daher ist zu befürchten, dass ausgerechnet diejenigen leer ausgehen, die von der Inflation am härtesten getroffen werden. Zudem sind 75 Euro pro Person viel zu pauschal angesetzt. Durch die Verwaltungskosten, die fehlenden Effekte auf private Investitionen und die geringe bis ausbleibende Trefferquote bei denjenigen, an die sich die Unterstützung richten sollte, fällt der Wirkungsgrad viel zu gering aus.

Das EinwohnerEnergieGeld wird daher aus dem Nachtragshaushaltsplanentwurf gestrichen.

Matthias Nölke

Fraktionsvorsitzender

Stadtverordneten-Versammlung Kassel Eing: 2 1. Juni 2022

FDP-Fraktion

Änderungsantrag

zum Nachtragshaushaltsplanentwurf 2022 - Ergebnishaushalt



Seite Haushalt

398 - Ifd. Nr. 26

Produktbereich

06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Teilergebnishaushalt

Produkt Nr.

36101 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen

Beschreibung

Senkung von Kinderbetreuungskosten 01.09.-31.12.2022

Jahr	2022 Euro
Haushaltsansatz	2.100
Erhöhung um	4.000.000
Kürzung um	_
neuer Haushaltsansatz	4.002.100

Deckungsvorschlag:

Verringerung des Haushaltsüberschusses.

Begründung:

Für Familien sind Kinderbetreuungskosten ein erheblicher Kostenfaktor. Angesichts der hohen Inflation und steigenden Energiekosten benötigen Familien eine unbürokratische und treffsichere Entlastung.

Deshalb erbringt die Stadt eine außerordentliche Aufwendung in Höhe von 4 Mio. Euro, um vom 01.09.2022 bis zum 31.12.2022 die anfallenden Kosten für Kinderbetreuung zu senken und alle betroffenen Erziehungsberechtigten zu entlasten.

Matthias Nölke

Fraktionsvorsitzender

Stadtverordneten-Versammlung Kassel

^{iing:} 2 <u>1</u> Juni 2022

FDP-Fraktion

Änderungsantrag

zum Nachtragshaushaltsplanentwurf 2022 - Ergebnishaushalt



Seite Haushalt

578 - Ifd. Nr. 26

Produktbereich

12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

Teilergebnishaushalt

Produkt Nr.

54701 ÖPNV-Aufgabenträgerschaft

Beschreibung

Pauschal-Ticket für alle 01.09.-31.12.2022

Jahr	2022 Euro
Haushaltsansatz	500.
Erhöhung um	9.500.000
Kürzung um	_
neuer Haushaltsansatz	9.500.500

Deckungsvorschlag:

Verringerung des Haushaltsüberschusses.

Begründung:

Steigende Inflation und Energiekosten belasten die breite Bevölkerung stark. Der Bund senkt deshalb die Kosten für den ÖPNV mit dem 9-Euro-Ticket. Da dieses Angebot zum 31.08. ausläuft, soll die Stadt im öffentlichen Nahverkehr ein anschließendes Angebot vom 01.09.2022 bis zum 31.12.2022 schaffen.

Der Magistrat wird beauftragt, mit der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft (KVG) ein Ticket für den ÖPNV mit möglichst niedrigem Pauschalpreis für den Nutzungszeitraum vom 01.09.2022 bis 31.12.2022 zu entwickeln. Zielgruppe sind alle Personen, deren Beförderung im ÖPNV nicht bereits voll durch eine andere Kostenstelle geleistet wird.

Matthias Nölke

Fraktionsvorsitzender



Linksfraktion Kassel Obere Königsstraße 8 34117 Kassel

Tel:

0561 / 787-3315

eMail:

info@linksfraktion-kassel.de

20.06.2022

Änderungsantrag zur Vorlage Nr. 101.19.475 Einwohnerenergiegeld gerechter machen

Stadtverordneten-Versammlung

Kassel

2 1 Juni 2022

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Magistrat zahlt im Rahmen eines finanziellen Unterstützungsprogramms im Umfang von insgesamt bis zu 15,4 Mio. € auf Antrag eine Zuwendung in Höhe von 120 EUR an Kasseler Einwohner*innen mit alleinigem Wohnsitz oder Hauptwohnsitz im Stadtgebiet und deren Einkommen unter dem Medianeinkommen liegt aus, um die finanziellen Auswirkungen der gestiegenen Kosten der Energieversorgung im Zuge des Ukraine-Kriegs abzumildern.

Die Antragstellung soll unbürokratisch erfolgen und Antragsformulare mehrsprachig vorliegen. Die Prüfung der Berechtigung erfolgt stichprobenartig.

Zuwendungen, die aus diesem Topf nicht abgerufen werden, gehen in einen Notfallfonds, aus dem Menschen mit akutem Hilfebedarf Unterstützung unbürokratisch beantragen können. Im Formular zur Abrufung der Zuwendung wird ebenso die Möglichkeit gegeben, aktiv auf die Zuwendung zu verzichten um sie in den Notfonds zu transferieren."

Begründung:

Finanziell schlechter gestellte Menschen werden durch die Erhöhung der Energiepreise verhältnismäßig stärker belastet. Anstelle des Gießkannenprinzips soll das Einwohnerenergiegeld gezielt diesen Menschen zugutekommen.

Durch solch einen Notfonds könnten Personen bei akutem Geldbedarf etwa zur Zahlung einer Kaution bei Umzug, Nebenkostennachzahlungen, zur Anschaffung eines notwendigen Geräts unterstützt werden. Nicht jede*r Einwohner*in benötigt die einmalige finanzielle Unterstützung. Mit der Auswahl zwischen der Abrufung für sich selbst oder Verzicht zu Gunsten des Notfonds können Bürger*innen selbst über die Verteilung der 15.4 Millionen entscheiden. Was gar nicht von den 15.4 Millionen Euro abgerufen wird, wäre so außerdem gesichert für den Zweck der Entlastung.

Berichterstatterin: Sabine Leidig

Für die Fraktion

Lutz Getzschmann Fraktionsvorsitzender Violetta Bock Fraktionsvorsitzende